

## Frieden, Sicherheit und Einheitsstreben im Kalten Krieg. Zur Außen- und Deutschlandpolitik der FDP in den 1950/60er Jahren

In der „Bonner Republik“ galt die FDP als die „ständige Regierungspartei“. Für die beiden Anfangsjahrzehnte, d. h. von der Ära Adenauer bis zur Bildung der sozial-liberalen Koalition 1969, ist das nur eingeschränkt zutreffend: In diesen zwanzig Jahren regierten die Liberalen auf Bundesebene zwölf Jahre mit (1949-1956 und 1961-1966), acht Jahre verbrachten sie auf den harten Bänken der Opposition.<sup>1</sup>

Für die Unionsparteien, die damals stets den Bundeskanzler stellten, waren sie alles andere als bequeme Koalitionspartner: „Von der FDP abhängig zu sein – ein elender Gedanke. Ich denke hier vor allem an die Außenpolitik“<sup>2</sup>, notierte der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Ernst Majonica, am Tag nach der Bundestagswahl 1961. Bei dieser verloren die Unionsparteien ihre absolute Mehrheit, während die FDP mit 12,8 Prozent ihr bis dahin bestes Wahlergebnis erzielte. Zwei Monate später, nach äußerst harten und komplizierten Koalitionsverhandlungen, erklärte Bundeskanzler Konrad Adenauer in Washington auf die Frage des amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy, für welche Politik die FDP stehe: „Wenn sie das nur selbst wüsste.“<sup>3</sup> Im CSU-Vorstand konstatierte Franz Josef Strauß, die Palette der Liberalen reiche von „extrem linksliberal bis zum kaum getarnten Nazismus. Dazwischen ist ein sehr starker Kern von liberalen, aufrechten Demokraten, die aber so viel Demokraten sind, daß sie vor lauter Individualismus beinahe zum Anarchismus kommen“.<sup>4</sup>

Drei Stimmen aus dem Jahr 1961 vom alten und zugleich neuen Koalitionspartner über die FDP, die zum einen zeigen, dass Koalitionsfrust nicht

- 1 Der Artikel beruht auf dem Vortrag des Autors auf dem „Kolloquium zur Liberalismus-Forschung 2018“. Auch in der erweiterten und ergänzten Schriftfassung ist die Vortragsform im Wesentlichen beibehalten worden.
- 2 Ernst Majonica: Das Politische Tagebuch 1958–1972. Bearb. von Hans-Otto Kleinmann und Christopher Beckmann. Düsseldorf 2011, S. 177 (17.9.1961).
- 3 Gespräch Adenauer mit Kennedy, 20.11.1961. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) 1961. Bearb. von Mechthild Lindemann und Christoph Franzen. Berlin/Boston 2018, Dok. 508, S. 2009.
- 4 Strauß im CSU-Landesvorstand, 11.11.1961. In: Archiv für Christlich-Soziale Politik (ACSP) München, LGF-LV 11.11.1961, S. 9.

erst ein Phänomen unserer Tage ist und zum anderen, dass die FDP der 1950er/60er Jahre sich durch besondere Heterogenität und Vielstimmigkeit auszeichnete. Auch wenn Individualismus und Pluralismus konstitutive Wesensmerkmale jeder liberalen Weltanschauung sind, so erschien die FDP als besonders polyphone Partei mit einer Vielzahl von Abweichlern von der offiziellen Parteilinie. Deren Mindermeinung konnte jedoch innerhalb weniger Jahre zum „mainstream“ werden, wie die außenpolitischen Vordenker Karl-Georg Pfleiderer und Wolfgang Schollwer zeigen. Umgekehrt wandelten sich „Zentristen“ wie Thomas Dehler, erster Bundesjustizminister und 1954 bis 1957 Partei- und Fraktionsvorsitzender, zu unberechenbaren Einzelgängern. Angesichts dieser Vielstimmigkeit konnte selten von einer einheitlichen Linie der Liberalen gesprochen werden.

Die innere Zerrissenheit der frühen FDP zeigte sich jedoch primär in der politischen Diversität der eigenständigen Landesverbände. Vereinfacht gesprochen, standen eher linksliberale Landesverbände in Süddeutschland, vor allem im „Stammland“ Baden-Württemberg, und in den Stadtstaaten betont nationalliberal bis deutschnational-nationalistischen in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Hessen gegenüber. Letztere vertraten den Gedanken der „nationalen Sammlungsbewegung“ und schreckten auch vor einem „Fischen im braunen Sumpf“ nicht zurück – was dann 1953 in die Naumann-Affäre mündete. Das Ringen dieser beiden Strömungen erreichte 1952 beim Bundesparteitag in Bad Ems gleichsam den Höhepunkt, dauerte aber darüber hinaus fort. Auch das trug zur Vielstimmigkeit des liberalen Agierens im Kalten Krieg bei.<sup>5</sup>

Der Kalte Krieg schuf eine grundlegend neue bipolare Weltordnung, in der sich die antagonistischen Supermächte USA und UdSSR, verstärkt durch ihre jeweiligen Verbündeten, hochgerüstet und voll wechselseitigem Misstrauen gegenüberstanden. Die Atombombe, über die ab 1949 auch die Sowjetunion verfügte, erwies sich als *der* entscheidende „game changer“, da fortan stets die Gefahr bestand, dass jeder Konflikt zwischen den Blöcken den fragilen Frieden in existenzbedrohlicher Weise gefährden und in einem nuklearen Inferno enden könnte. Als akuter Gefahrenherd galt dabei das durch den Kalten Krieg gesplante Deutschland, denn die meisten Deutschen empfanden ihre nationale Teilung als eine schwärende Wunde, auf deren Heilung Politik hinzuwirken habe. Das galt in besonderem Maße für die Liberalen, die gleichsam seit ihrer Entstehung im 19. Jahrhundert ein besonderes Verhältnis zur nationalen Einheit pflegten.

5 Vgl. dazu Udo Wengst: Einleitung. In: Ders. (Bearb.): FDP-Bundesvorstand. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Theodor Heuss und Franz Blücher. Sitzungsprotokolle 1949–1954, S. XIII–LXIX; zur Naumann-Affäre Kristian Buchna: Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr. Friedrich Middelhaue und die nordrhein-westfälische FDP 1945–1953. München 2010.

Entsprechend versuchten die Liberalen etwas länger als ihre politischen Mitkonkurrenten, sich auf parteipolitischer Ebene der durch die Rivalitäten der Besatzungsmächte verursachten deutschen Teilung entgegenzustemmen. Noch im März 1947 bemühten sich Liberale aus allen vier Besatzungszonen, mit Gründung der „Demokratischen Partei Deutschlands“ (DPD) einen zonenübergreifenden Dachverband mit der Doppelspitze Wilhelm Külz als Repräsentanten der sowjetischen und Theodor Heuss als Vertreter der westlichen Besatzungszonen zu bilden. Doch die Mitwirkung der ostzonalen Liberaldemokratischen Partei (LDP[D]) an der Volkskongress-Bewegung, der entscheidenden Vorstufe auf dem Weg zur DDR, führte Ende 1947 auch hier zur Trennung und damit zum Scheitern des Versuchs, der zunehmenden Zweiteilung Deutschlands in Ost und West entgegenzuwirken.<sup>6</sup>

Die massiven politischen Repressionen, denen die LDP(D) in der Sowjetisch Besetzten Zone (SBZ) seitens der Sowjetischen Militäradministration bzw. des SED-Regimes ausgesetzt waren, prägten auch die Liberalen im Westen. Deren genuin antikommunistische, antisozialistische und antisowjetische Haltung wurde dadurch weiter gefördert, zumal in der FDP der Anteil Ost- und Mitteldeutscher in Führungspositionen über Jahrzehnte besonders hoch blieb. Bekannte Beispiele sind Hans-Dietrich Genscher, Wolfgang Mischnick und Burkhard Hirsch – der eine aus Halle, der andere aus Dresden, der dritte aus Magdeburg. Wolfgang Döring, einer der führenden Köpfe der nordrhein-westfälischen FDP, stammte aus Leipzig, Erich Mende und Heinz Starke, 1961/62 Bundesfinanzminister, waren Schlesier, Karl-Hermann Flach Ostpreuße.<sup>7</sup> So überrascht nicht, dass die Deutsche Frage und ihre Lösung durch Überwindung des Kalten Krieges ein zentrales Politikfeld für die FDP wurde und ihre Haltung zur Außen- und Friedenspolitik insgesamt präjudizierte. Innerhalb der außenpolitischen Zielkoordinaten der Liberalen, die sich mit Freiheit, Sicherheit, Einheit und Friede, umreißen lassen, gab es dabei eine klare Rangordnung: Eine Verhinderung von Krieg, also die Sicherung von Frieden, blieb zwar Grundkonstante liberaler Politik, doch stand dieses Ziel nie allein oder gar dominant im Vordergrund der Tagespolitik. Der zentrale politische Fixpunkt war nicht Frieden, sondern „individuelle Freiheit“. Diese konnte angesichts der Bedrohung aus dem Osten nur bei entsprechender politischer, wirtschaftlicher, militärischer und sozialer Sicherheit erhalten bleiben, sprich durch Verankerung im freien Westen. Das Ziel der Wiederherstellung der nationalen Einheit behielten die Liberalen dabei fest im Blick, waren sie doch überzeugt, die Überwindung der deutschen Einheit sei ein wesentlicher Beitrag, wenn nicht gar die Voraussetzung, zur

6 Vgl. Christoph Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955. 5. Aufl., Bonn 1991, S. 149.

7 Vgl. Hans-Dietrich Genscher: Erinnerungen. Berlin 1995, S. 73.

Überwindung der Ost-West-Spannungen und damit zur bleibenden Sicherung des Friedens.

Wie die FDP in den ersten beiden Jahrzehnten der Bundesrepublik die schwierige Balance zwischen diesen außen- und deutschlandpolitischen Zielkoordinaten zu halten bzw. zu optimieren versuchte, ist Gegenstand der folgenden Ausführungen. Sie gliedern sich – entsprechend der Phasen, in denen sich die Partei unterschiedlich positionierte – in drei Abschnitte:

In der ersten Phase bis 1955/56 trug die FDP als Regierungspartei Adenauers Politik der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Westintegration und das dahinterstehende Konzept „westlicher Stärke“ vollständig mit; in der zweiten Phase von 1956 bis 1961 – den Jahren der Opposition – prangerte die FDP die Einseitigkeit der Westbindungspolitik als Gefährdung der deutschen Einheit an; in der dritten Phase von 1961 bis 1966, trug die FDP als „Copilot“<sup>8</sup> und liberale Reformkraft in den Regierungen Adenauer und Erhard dazu bei, dass sich die Bundesrepublik mühsam an das beginnende Entspannungszeitalter anzupassen begann.

Endgültig neu in der Außen- und Deutschlandpolitik positionierte sich die FDP dann ab 1966 in der Opposition gegen die erste Große Koalition – eine zwingende Voraussetzung für den Erfolg der sozial-liberalen neuen Ostpolitik unter Brandt/Scheel ab 1969.

## I.

Schon im Frankfurter Wirtschaftsrat der Bizone und im Parlamentarischen Rat hatte sich ein Bündnis von Union und FDP abgezeichnet, als es um die Durchsetzung einer markt- statt planwirtschaftlichen Ordnung ging. Politische Westorientierung und dezidiert Antikommunismus verbanden diese Parteien. Die Bildung einer bürgerlichen Regierung im Herbst 1949 aus Unionsparteien, FDP und der kleinen Deutschen Partei war insofern konsequent.

Die FDP teilte Adenauers Konzept einer „Politik westlicher Stärke“ in vollem Umfang: Angesichts der Bedrohung durch eine als expansiv-aggressiv wahrgenommene Sowjetunion galt es zunächst, Sicherheit und Freiheit Westdeutschlands durch feste Einbindung in den entstehenden Zusammenschluss des europäischen bzw. transatlantischen Westens zu sichern. Diese westliche Allianz galt es im Sinne der Magnet-Theorie so stark zu machen, dass sie eine unaufhaltsame Anziehungskraft auf den Ostteil des Landes ausüben und die UdSSR zwingen würde, ihren Teil Deutschlands preiszugeben. In nuce kommt dieses Rationale im Rundschreiben des FDP-Vorsitzenden

8 Vgl. Volker Erhard: Copilot im Höhenflug. Erich Mendes Begegnung mit John F. Kennedy vom 19. März 1962. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 11 (1999), S. 168–180.

Franz Blücher an die Parteimitglieder zu „Weihnachten 1949“ zum Ausdruck.<sup>9</sup> Dort wird dargelegt, Ausgangspunkt liberaler Politik sei der Glaube „an die Freiheit des Menschen überhaupt als das höchste Gut“. Daraus resultiere die „Ablehnung eines jeden politischen Systems, welches die Töchter und Söhne unseres Volkes der Freiheit des Gewissens, der Freiheit des Gedankens, der Freiheit des Wortes und der Freiheit der Tat berauben würde.“ Die Bundesrepublik sei integraler Teil des Westens, doch dabei friedensbereit gegenüber dem Osten:

„Wir sind ein Stück des Abendlandes in seinem weitesten Begriff und wir wollen nichts anderes sein. Das aber bedeutet keineswegs Feindschaft gegen Völker, die sich dieser abendländischen Gemeinschaft nicht zugehörig fühlen. Wir können in Ruhe und Frieden neben ihnen leben, wenn sie unsere Lebensform und unser Recht auf Selbstbestimmung nicht antasten.“

Letztendlich, so Blücher weiter, sei

„der Inbegriff unseres außenpolitischen Denkens überhaupt: die tiefe Achtung vor dem gleichen Anspruch eines jeden Volkes. Das rechtfertigt uns auch, nicht nur nach dem Osten hin so deutlich unser Recht zu verteidigen. Um des Friedens willen geht unser Weg überall dahin, daß wir durch die Wiedererlangung des gleichen Rechtes die Grundlage für die Gesinnung des Friedens erhalten und für ihre Stärkung in unserem Volke sorgen.“

Die Aussöhnung mit Frankreich sei „Kernstück dieses Weges zum Frieden“ und ermögliche zudem ein einheitliches, friedliches Europa. Der westeuropäische Zusammenschluss strahle wiederum auf den Osten aus:

„Deutschland sieht in der Neuordnung Europas nichts anders als den Versuch, durch die soziale und sittliche Festigung des europäischen Menschen den Osten zu überzeugen, daß jedes Abenteuer sinnlos wäre. Es handelt sich hierbei darum, eine Waffe des Friedens zu schaffen. Es geht um den Versuch, eine solche innere Kraft, sittliche Festigung, soziale Befriedung, wirtschaftliche Leistung zu zeigen, daß nicht nur der Versuch der gewaltsamen Eroberung unterbleibt, sondern daß dem Osten eines klar wird: im Westen steht eine Welt, die in innerster Überzeugung jedem die Freiheit läßt, in seinem Lande sich das Leben nach eigenem Willen zu gestalten, die aber auch in der Lage ist, durch ihre Kraft unendlich viel beizutragen zur Teilnahme aller an den Gütern und an der Erzeugung dieser Welt. So könnte dieser Weg des Friedens auch die Menschen des Ostens reicher und glücklicher machen.“

9 Rundschreiben des FDP-Vorsitzenden Blücher, „Weihnachten 1949“, in: Institut für Zeitgeschichte München – Berlin (IfZ), ED 135 (Nachlass Heinz Krekeler), Bd. 9. Daraus auch die folgenden Zitate.

Wie gelang es den Liberalen, dieses außenpolitische Konzept in der Praxis umzusetzen? Teil der Absprachen zur Bildung der Regierung Adenauer war, dass der bisherige FDP-Vorsitzende Theodor Heuss Bundespräsident wurde und sein Nachfolger im Parteivorsitz, Blücher, Vizekanzler. Doch zu außenpolitischer Durchschlagskraft verhalfen beide Spitzenämter nicht. Im Falle des qua Grundgesetz auf repräsentative Aufgaben beschränkten Bundespräsidenten war dies auch kaum zu erwarten gewesen, obwohl Heuss' Anteil am Erfolg der Westintegrationspolitik nicht geringgeschätzt werden sollte<sup>10</sup>. Blücher gewann zwar als Bundesminister für Angelegenheiten des Marshall-Plans rasch internationale Erfahrungen im Ministerrat der Organisation for European Economic Cooperation (OEEC) und in der Internationalen Ruhrbehörde,<sup>11</sup> doch zog Adenauer alle außenpolitischen Amtsangelegenheiten an sich und monopolisierte vor allem die Gespräche mit den Alliierten Hohen Kommissaren.

Das Grundgesetz räumt dem Bundeskanzler eine starke Stellung ein, die weit über den Status eines *primus inter pares* im Kabinett hinausgeht. Durch seine machtbewusste Amtspraxis und einen patriarchalisch-autoritären Regierungsstil gelang es Adenauer, Außenpolitik weitgehend als ein Arkanum des Kanzlers zu monopolisieren.<sup>12</sup> Wenn schon Mitglieder der Unionsparteien und der CDU/CSU-Fraktion über mangelnde Einbindung und Unterrichtung über außenpolitische Fragen klagten, galt dies in noch größerem Maße für den Koalitionspartner. Gewiss, die FDP konnte einige außenpolitisch relevante Posten besetzen, etwa mit dem aus der Chemieindustrie stammenden nordrhein-westfälischen Landtagsabgeordneten Heinz Krekeler als erstem Generalkonsul bzw. dann erstem Botschafter in den USA als dem wichtigsten Partner der jungen Bundesrepublik.<sup>13</sup> Mehrere FDP-Bundestagsabgeord-

- 10 Vgl. dazu Ernst Wolfgang Becker und Wolfram Werner: Einführung. Die Kehrseite des Erfolges: Zwischen Integration und Trivialisierung. Briefe des Bundespräsidenten Theodor Heuss 1954–1959. In: Theodor Heuss: Der Bundespräsident. Briefe 1949–1954. Hrsg. und bearb. von Ernst Wolfgang Becker, Martin Vogt und Wolfram Werner. Berlin/Boston 2012, S. 32–52.
- 11 Zu Franz Blücher vgl. Anne Rüter: Blücher als Marshallplan-Minister und Parteivorsitzender – Mitstreiter für eine liberale Wirtschaftsordnung. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 20 (2008), S. 59–82.
- 12 Vgl. dazu Anselm Doering-Manteuffel: Strukturmerkmale der Kanzlerdemokratie. In: Der Staat 30 (1991), S. 1–18; Manfred Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart. München 1999, S. 106–109; Eckard Conze: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart. München 2009, S. 122–126.
- 13 Vgl. Schreiben Blücher an Adenauer, 3.5.1950. In: Adenauer und die FDP. Bearb. von Holger Löttel. Paderborn u.a. 2013, Dok. 9, S. 142 f. Krekeler war weit mehr als der „Hinterbänkler aus der nordrhein-westfälischen FDP“, als der er bei Eckart Conze/Norbert Frei/Peter Hayes/Moshe Zimmermann: Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik. München 2010, S. 459 abgetan wird (und zu-

nete wechselten in den 1951 wiederentstehenden Auswärtigen Dienst,<sup>14</sup> in dem etliche Diplomaten – nicht selten ehemalige Angehörige des „Wilhelmstraßen-AA“ aus der Zeit vor 1945 – als FDP-nah galten. Gleichwohl, entscheidende außenpolitische Führungsposten blieben der Partei versagt: Adenauer besetzte das Außenministerium, auf das die Liberalen Anspruch erhoben, zunächst mit dem aus seiner Sicht dafür fähigsten Mann, nämlich sich selbst, ab 1955 schließlich mit dem bisherigen Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Heinrich von Brentano.

Auch beim neu gebildeten Verteidigungsministerium gingen die Liberalen leer aus. Dabei stand mit Wohnungsbauminister Eberhard Wildermuth, einem hochdekorierten Oberst der Reserve, über den Adenauer wichtige Kontakte zu den nun wieder benötigten Wehrmachtsgeneralen knüpfte, ein befähigter Anwärter als Verteidigungsminister zur Verfügung; doch aus innen- und außenpolitischen Gründen kam der christliche Gewerkschafter Theodor Blank (CDU) zum Zuge.<sup>15</sup> Trotz massiven Drängens erhielt die FDP im Verteidigungsministerium nicht einmal einen Staatssekretärsposten für ihren „shooting star“, den Ritterkreuzträger und einzigen Berufsoffizier im Ersten Deutschen Bundestag, Erich Mende.<sup>16</sup> Dabei fand die FDP bei ehemaligen Wehrmachtsangehörigen großen Anklang; erinnert sei nur an den vormaligen Panzergeneral der Wehrmacht, Hasso von Manteuffel, der in der zweiten Legislaturperiode als verteidigungspolitischer Sprecher der Partei fungierte.<sup>17</sup> Sympathien in ehemaligen Wehrmachtskreisen erwarb sich die FDP nicht zuletzt auch durch ihr massives Engagement für eine Freilassung bzw. Amnestie noch einsitzender „Kriegsverurteilter“, also von NS-

gleich als „unbelastete[r] Außenseiter“ gelobt wird, ebd., S. 507); so war er 1949 bereits aktiv in der Liberalen Internationalen, vgl. Krekeler an Blücher, 10.11.1949. In: Institut für Zeitgeschichte München – Berlin (IfZ), ED 135 (Nachlass Krekeler), Bd. 9. Zur Person vgl. Rainer A. Blasius: In heikler Mission. Die Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Washington 1955–1968. In: Detlef Junker u.a. (Hrsg.): Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges. Ein Handbuch, Bd. 1: 1945–1968. Stuttgart, München 2001, S. 249–251; Beate Neuss: Europa mit der linken Hand? Die deutschen Personalentscheidungen für die Kommission der Europäischen Gemeinschaften. München 1988, S. 206–220.

14 So Fritz Oellers, Margarete Hütter und Karl-Georg Pfeleiderer, vgl. Volker Stalman: Einleitung. In: Ders. (Bearb.): Die FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949–1969. 1. Halbband: 1949–1962. Düsseldorf 2017, S. 30\* f.

15 Vgl. Henning Köhler: Adenauer. Eine politische Biographie. Frankfurt/Main u.a. 1994, S. 619 f.; Erich Mende: Die neue Freiheit, 1945–1961. München, Berlin 1984, S. 183, 188 f., 352 f. Als einstiger Festungskommandant von Le Havre wäre ein Verteidigungsminister Wildermuth Frankreich sicher schwer zu vermitteln gewesen.

16 Vgl. Hans-Heinrich Jansen: Erich Mende. In: Torsten Oppelland (Hrsg.): Deutsche Politiker 1949–1969. 16 Biographische Skizzen aus Ost und West. Bd. 2. Darmstadt 1999, S. 135; Schreiben Dehler an Adenauer, 31.8.1955. In: Adenauer und die FDP (wie Anm. 13), Dok. 127.

17 Vgl. Mende: Neue Freiheit (wie Anm. 15), S. 182 f. Mende zufolge wurde die FDP „immer mehr zum politischen Sammelbecken ehemaliger Soldaten“, ebd.



Kriegsverbrechern.<sup>18</sup> Gerade aufgrund dieser Nähe zu den Soldaten sollten die Liberalen aus dem Kalkül der Kanzlerpartei heraus vom Verteidigungssektor fern gehalten werden.<sup>19</sup>

Derlei Zurücksetzungen, vor allem das als enttäuschend empfundene Abschneiden bei der Bundestagswahl 1953, bei der die Union nicht nach Stimmen, aber de facto nach Mandaten die absolute Mehrheit erzielte, während die FDP Stimmen verlor,<sup>20</sup> führten zu fortschreitender Entfremdung in der Koalition. Gleichwohl stand die FDP zunächst, insbesondere in der ersten Legislaturperiode 1949 bis 1953, außenpolitisch fest an der Seite Adenauers, wenn auch mit teils anderen Akzentsetzungen. 1950 unterstützte die FDP den Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat wie zur Montanunion, vor allem aber die Westverträge von 1952 in Form von Generalvertrag und Europäischer Verteidigungsgemeinschaft (EVG).<sup>21</sup> Die Notwendigkeit einer Wiederbewaffnung, auch die Bejahung der Wehrpflicht, war für die FDP unstrittig.

18 Vgl. Dietrich Wagner: FDP und Wiederbewaffnung. Die wehrpolitische Orientierung der Liberalen in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1955. Boppard 1978; Jörg Echternkamp: Soldaten im Nachkrieg. Historische Deutungskonflikte und westdeutsche Demokratisierung 1945–1955. München 2014, S. 362–382. Zum Einsatz der FDP für die „Kriegsverurteilten“ bzw. für eine Generalamnestie vgl. Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. München 1999 (Taschenbuch-Ausgabe).

19 Stattdessen versuchte Adenauer, die für die „große Wehrkoalition“ benötigte SPD durch einen Staatssekretärsposten im Bundesverteidigungsministerium einzubinden. Vgl. Heinrich Krone: Tagebücher. Bd. 1: 1945–1961. Bearb. von Hans-Otto Kleinmann. Düsseldorf 1995, S. 183, 186 (Einträge vom 30.6. bzw. 4.8.1955); Konrad Adenauer und Theodor Heuss: Unter vier Augen. Gespräche aus den Gründerjahren 1949–1959. Bearb. von Hans Peter Mensing, Berlin 1997, Dok. 37, S. 162 (25.4.1955) und Dok. 38, S. 164 (6.6.1955); Hans Ehlert: Innenpolitische Auseinandersetzungen um die Pariser Verträge und die Wehrverfassung 1954 bis 1956. In: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt. Bd. 3: Die NATO-Option. Hrsg. von Hans Ehlert, Christian Greiner, Georg Meyer und Bruno Thoß. München 1993, S. 438–441. Noch 1961 betonte Strauß im CSU-Landesvorstand, die Union habe der FDP das Verteidigungsministerium nicht überlassen wollen, „da Mende als ehemaliger aktiver Offizier und Ritterkreuzträger hier ein besonderes Interesse habe und viele Offiziere FDP gewählt hätten“ Vgl. ACSP LGF-LV 11.11.1961, S. 46.

20 Die FDP erhielt 1953 9,5 % der Stimmen (gegenüber 11,9 % 1949), die Union 45,2 % (statt 31,0 %). Abzüglich der 22 nicht voll-stimmberechtigten Berliner Abgeordneten umfasste der 2. Deutsche Bundestag 487 Abgeordnete, davon 191 von CDU und 52 von CSU. Zwar lag die Unionsfraktion exakt ein Mandat unter der absoluten Mehrheit, doch waren ihr zusätzlich mindestens zwei der drei Zentrums-Abgeordneten zuzuordnen, deren Einzug ins Parlament nur durch Listenabsprachen mit der CDU geglückt war. Martin Heix, einer der drei Zentrums-MdBs, trat bereits 1953 zur CDU über; Josef Rösing, Nachrücker für den 1954 verstorbenen Franz Böhner, folgte diesem Beispiel 1955. Vgl. auch Hans Fenske: Deutsche Parteiengeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Paderborn u.a. 1994, S. 262.

21 Vgl. Stalmann: Einleitung (wie Anm. 14), S. 81\* f.



Die Stalin-Noten vom März 1952 wurden als durchsichtiges Störmanöver der Sowjetunion gegen die Westbindung betrachtet. So unterstrich der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Hermann Schäfer, „daß das von uns erstrebte Ziel nur mit Hilfe des Westens erreicht werden kann. [...] Der Russe beabsichtigte, uns durch lockende Versprechungen aus der wachsenden Bindung an den Westen herauszulösen.“<sup>22</sup> Justizminister Thomas Dehler sah das zu diesem Zeitpunkt übrigens genauso.<sup>23</sup> Das hielt ihn freilich nicht davon ab, genau diesen Verzicht auf ein „Ausloten“ der sowjetischen Offerte sechs Jahre später – in seiner berühmt-berüchtigten Abrechnung mit Adenauers Politik in der Nachtsitzung des Bundestags am 23. Januar 1958 – als „verpasste Chance“ und als Beweis dafür anzuprangern, dass der Bundeskanzler an der deutschen Einheit gar kein Interesse habe.<sup>24</sup>

Streit gab es indes im Mai 1952 um Artikel 7 Absatz 3 des Deutschlandvertrags, die sogenannte „Bindungsklausel“: Nach dem Willen von Bundeskanzler Adenauer sollte Gesamtdeutschland auch im Falle einer Wiedervereinigung auf die Fortgeltung der von der Bundesrepublik eingegangenen Westverträge verpflichtet sein. Hierin sah der Koalitionspartner FDP eine Präjudizierung, die erfolgreiche Wiedervereinigungsgespräche mit der UdSSR verhindern würde. Erstmals brach öffentlich ein außenpolitischer Konflikt auf, bei dem die FDP freilich im Gleichklang mit allen anderen Fraktionen der Koalition agierte. Selbst der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Heinrich von Brentano, sonst stets getreu auf Adenauers Kurs und alles andere als ein Freund der Liberalen, widersetzte sich hier dem Bundeskanzler.<sup>25</sup> Das führte schließlich zur entsprechenden Vertragskorrektur im Sinne der FDP bzw. der Parlamentarier der Koalition.

Dass die Westintegration noch keineswegs generell in Frage gestellt wurde, zeigt die Diskussion um den „Pfleiderer-Plan“, der genau genommen aus

22 Vgl. FDP-Fraktionssitzung, 1.4.1952, S. 3 f. In: Editionsprogramm „Fraktionen im Deutschen Bundestag“, FDP, 1. Wahlperiode, URL: <https://fraktionsprotokolle.de/handle/1720> (abgerufen am 11.3.2019).

23 Vgl. Udo Wengst: Thomas Dehler. 1897–1967. Eine politische Biographie. München 1997, S. 203; Gustav Adolf Sonnenhol: Untergang oder Übergang? Wider die deutsche Angst. Stuttgart, Herford 1984, S. 202; Rainer Zitelmann: Dehler und Adenauer. In: Nach-Denken. Thomas Dehler und seine Politik. Berlin 1998, S. 34. Mende: Neue Freiheit (wie Anm. 15), S. 222, verortet dagegen Dehler und sich selbst bereits 1952 auf Seiten Pfeleiderers, der für ein Austesten der Stalin-Noten eintrat.

24 Vgl. dazu Wengst: Dehler (wie Anm. 23), S. 309–311; Hans-Peter Schwarz: Adenauer. Bd. 2: Der Staatsmann. München 1994 (TB-Ausgabe), S. 405–409; Köhler: Adenauer (wie Anm. 15), S. 971 f.

25 Vgl. Schreiben Blücher an Adenauer, 6.5.1952. In: Adenauer und die FDP (wie Anm. 12), Dok. 53; FDP-Bundesvorstand 1949–1954 (wie Anm. 5), Nr. 16, S. 289–319; Hans-Peter Schwarz: Adenauer, Bd. 1: Aufstieg. München 1994 (TB-Ausgabe), S. 928–931; zu Brentanos Widerstand gegen die Bindungsklausel vgl. dessen Schreiben an Adenauer, 25.4.1952. In: Arnulf Baring (Hrsg.): Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Heinrich von Brentano im Briefwechsel mit Konrad Adenauer, 1949–1964. Hamburg 1974, S. 91–97.

einer Rede im Juni 1952 im Waiblingen und einer ausführlicheren Denkschrift für den Auswärtigen Ausschuss vom September desselben Jahres bestand.<sup>26</sup> Karl-Georg Pfeleiderer aus dem schwäbischen Wahlkreis Waiblingen war nicht nur einer der wenigen direkt gewählten FDP-Abgeordneten; er war vor allem ehemaliger Diplomat, der in den 1920er und 30er Jahren auch in der Sowjetunion auf Posten gewesen war; er vertrat seine Partei (der er erst im Januar 1952 offiziell beitrug) im Auswärtigen Ausschuss des Bundestags und im Europarat.<sup>27</sup>

Pfeleiderer ging von der Erkenntnis aus, dass Moskau sich kaum freiwillig aus der DDR zurückziehen oder dort Reformen, geschweige denn freie Wahlen, zulassen werde, wenn nicht dem sowjetischen Sicherheitsbedürfnis gegenüber Deutschland Rechnung getragen werde, das angesichts der verheerenden jüngsten Erfahrungen mit Deutschland durchaus verständlich war. Daher solle Deutschland keinem Militärbündnis angehören, also faktisch neutral sein, und lediglich Streitkräfte in begrenztem Umfang besitzen. Alle vier Siegermächte sollten das Recht zur Truppenstationierung in Randgebieten des wiedervereinigten Deutschland behalten – die Westalliierten links des Rheins und die Sowjets in den „derzeit unter polnischer Verwaltung“ stehenden Gebieten jenseits von Oder und Neiße, die Pfeleiderer als weiter zu Deutschland gehörig betrachtete. Gedankliche Anleihen bei der Locarno-Politik seines früheren Dienstherrn Gustav Stresemann sind im Pfeleiderer-Plan offensichtlich, der von einer in der geopolitischen Mittellage begründeten selbständigen Position Deutschlands, das lediglich gewissen Rüstungskontrollbeschränkungen unterworfen wurde, in einer europäischen Friedensordnung ausging. Nachdrücklich plädierte Pfeleiderer zudem für eine eigenständige deutsche Ostpolitik: „Gerade wer [...] die verfahrenere Lage zwischen Ost und West betrachtet, muß erkennen, wie nötig die deutsche Stimme zum Ausgleich und Frieden ist.“<sup>28</sup>

Mit der Realität der bipolaren Blockkonfrontation hatten diese Überlegungen wenig zu tun. In der FDP blieb Pfeleiderer 1952 mit seinen Gedanken

26 Vgl. die Waiblinger Rede „Für oder wider die Verträge“, 6.6.1952, und Denkschrift „Vertragswerk und Ostpolitik“ vom September 1952. In: Karl Georg Pfeleiderer: Politik für Deutschland. Reden und Aufsätze 1948–1956. Stuttgart 1961, S. 83–99, 100–123. Zum Pfeleiderer-Plan vgl. Hans-Heinrich Jansen: Karl Pfeleiderers Gegenentwürfe zur Deutschlandpolitik Adenauers. In: Historisch-Politische Mitteilungen (HPM) 3 (1997), S. 35–71; Karl-Heinz Schlapp: Alternativen zur deutschen Außenpolitik 1952–1955. Karl Georg Pfeleiderer und die „Deutsche Frage“. In: Wolfgang Benz/Hermann Graml (Hrsg.): Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert. Stuttgart 1976, S. 211–238.

27 Zu Pfeleiderers Lebenslauf vgl. Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes 1871–1945, Bd. 3: L-R. Bearb. von Gerhard Keiper und Martin Kröger. Paderborn u.a. 2008, S. 472 f. Zum späten Parteieintritt vgl. FDP-Bundesvorstand 1949–1954 (wie Anm. 5), Dok. 16, S. 313.

28 Karl-Georg Pfeleiderer: Vertragswerk und Ostpolitik. In: Ders.: Politik für Deutschland (wie Anm. 26), S. 107.

trotz großen öffentlichen Wellenschlags weitgehend isoliert. Unterstützung fand er allein bei Reinhold Maier, dem Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg. Das war freilich zusätzlich zweischneidig, da manche auf eine antimarxistische „Bürgerblock“-Position festgelegten Parteifreunde, vor allem in Hessen und Nordrhein-Westfalen, angesichts von Maiers Koalitionsbildung mit SPD und GB/BHE im neugeschaffenen Südweststaat sogar dessen Parteiausschluss forderten.<sup>29</sup> Erst später, als die Entfremdung von Adenauers Politik fortgeschritten war, wurde Pfleiderer als gern zitierter außenpolitischer Vordenker wiederentdeckt. Sein tragender Gedanke, dass auch das Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion gestillt werden müsse, sollte sich in der Tat als innovativ und dauerhaft relevant erweisen.

Doch zunächst war Pfleiderer isoliert. Sämtliche Westverträge wurden mit Zustimmung der FDP ratifiziert – einzig Pfleiderer stimmte dagegen –, ebenso, nach dem Scheitern der EVG in der französischen Nationalversammlung, die Neufassung in Form der Pariser Verträge vom Oktober 1954. Nur zwei Ausnahmen gab es: Zum einen verweigerte die FDP – wie freilich auch Teile der Union – die Zustimmung zum Luxemburger Wiedergutmachungsabkommen mit Israel und der Jewish Claims Conference against Germany; das Abkommen konnte 1952 daher nur mit Hilfe der SPD-Opposition durch den Bundestag gebracht werden.<sup>30</sup> Zum anderen aber lehnten die Liberalen 1954 vor allem das Saarabkommen mit Frankreich ab. Dieses sah eine „europäische Verwaltung“ für das seit 1947 „eigenständige“ Saarland vor, das bislang de facto ein französisches Protektorat gewesen und somit jahrelang ein Zankapfel geblieben war, der eine Entgiftung des Verhältnisses zu Frankreich behinderte. Nun sollte die Abspaltung der Saar von Deutschland, europäisch verbrämt, prolongiert werden.

Adenauers durchaus auch in der eigenen Partei umstrittene Saarpolitik wurde zu einem zentralen Knackpunkt, an dem sich der Weg der FDP von der Politik des Gründungskanzlers zu scheiden begann.<sup>31</sup> In einer „Europäisierung“ der deutschen Saar erblickten die Liberalen keinen Beitrag zum Völkerfrieden und der von ihnen nur auf Basis von Gleichberechtigung un-

29 Vgl. Christof Brauers: Liberale Deutschlandpolitik 1949–1969. Positionen der F.D.P. zwischen nationaler und europäischer Orientierung. Münster 1993, S. 52 Anm. 46, sowie Schreiben von Heuss an Blücher, 31.5.1952, bzw. an den FDP-Vorsitzenden von Nordrhein-Westfalen, Friedrich Middelhaue, 6.6.1952, in: Heuss: Briefe 1949–1954 (wie Anm. 10), Dok. 123 und 124, S. 343–347.

30 Vgl. Niels Hansen: Aus dem Schatten der Katastrophe. Die deutsch-israelischen Beziehungen in der Ära Konrad-Adenauer und David Ben Gurion. Düsseldorf 2002, S. 333–343. Vgl. auch Erich Mende: Von Wende zu Wende, 1962–1982. München 1986, S. 18.

31 Zum Folgenden vgl. Hans-Peter Schwarz: Ära Adenauer: Gründerjahre der Republik 1949–1957. Stuttgart/München 1981, S. 282–286; Ulrich Lappenküper: Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963. Von der „Erbfeindschaft“ zur „Entente élémentaire“. München 2001, Bd. 1, S. 316–497 und 1076–1138; Köhler: Adenauer (wie Anm. 15), S. 890–905.

terstützten Einigung Europas; sie sahen darin vielmehr ein einseitiges Zugeständnis an Frankreich, das gegen die Selbstbestimmung der (deutschen) Bevölkerung verstoße. Sie argumentierten zudem, eine endgültige Abtrennung der Saar schaffe ein verhängnisvolles Präjudiz mit Blick auf den Osten. Daher ging die FDP unter Führung des neuen Partei- und Fraktionsvorsitzenden Dehler hier klar auf Konfrontation zum Kanzler.

In der Bundestagsdebatte über das Saarstatut am 25. Februar 1955 kam es zu einem Eklat: Max Becker, außenpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, die er 1949/50 und 1957 kurzzeitig führte, rückte den Bundeskanzler unter Verweis auf dessen frühere Äußerungen zur Saar nun in die Nähe des Separatismus, worauf dieser postwendend ausgerechnet diesen engagierten Verfechter der pro-europäischen Westbindung bei den Liberalen als hinterwäldlerischen „kleinen Notar aus Bad Hersfeld“ herabwürdigte.<sup>32</sup> Bei der Abstimmung über das Saarstatut zwei Tage später bot die FDP-Fraktion ein höchst uneinheitliches Bild, das ihre Glaubwürdigkeit kaum erhöhte: 31 FDP-Abgeordnete stimmten gegen die Regierungsvorlage, sieben dafür, vier enthielten sich. Von den vier FDP-Ministern stimmte lediglich Vizekanzler und Ex-FDP-Vorsitzender Franz Blücher mit der Regierung – und damit gegen seine eigene Partei; ausgerechnet er bot Adenauer anderentags seinen Rücktritt an, den dieser natürlich ablehnte.<sup>33</sup>

Seit Abschluss der Westverträge forderte die FDP immer lauter eine aktive Ostpolitik, etwa durch Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur UdSSR. Doch als dies im September 1955 bei Adenauers Moskau-Reise erfolgte, war ausgerechnet die FDP – anders als die SPD-Opposition (mit Carlo Schmid als stellvertretendem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses) – nicht in der Kanzlerdelegation vertreten, weil Adenauer ihr dies schlicht verweigert hatte.<sup>34</sup>

Unterdessen häuften sich Äußerungen Dehlers und anderer Liberaler, die Westverträge – voran die NATO-Mitgliedschaft – könnten zur Disposition gestellt werden, wenn das der deutschen Einheit diene, die für die Liberalen Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden und der Königsweg zur Überwindung des Kalten Krieges blieb. Solche Querschüsse förderten allerdings im Westen schwerlich Vertrauen. Adenauer forderte die FDP daher Ende No-

32 Vgl. Lötzel, Einleitung. In: Adenauer und die FDP (wie Anm. 13), S. 57; Brauers, Liberale Deutschlandpolitik (wie Anm. 29), S. 70. Zur Person von Max Becker, immerhin als einer von fünf liberalen Mitgliedern des Parlamentarischen Rats einer der „Väter des Grundgesetzes“, vgl. Stalman: Einleitung. (wie Anm. 14), S. 54\* f.

33 Vgl. Schreiben Blücher an Adenauer, 28.2.1955. In: Adenauer und die FDP (wie Anm. 13), Dok. 111.

34 Vgl. Vermerk über Telefonat Dehler mit Adenauer, 5.9.1955, bzw. Schreiben Adenauer an Dehler, 7.9.1955. In: ebd., Dok. 128 und 129.

vember 1955 ultimativ auf, sich zur weiteren Gültigkeit des bisherigen Regierungskurses zu bekennen.<sup>35</sup> Die Koalition stand vor dem Bruch.

Dieser erfolgte 1956, ausgelöst durch die Wahlrechtsfrage. Um ein für die FDP vermutlich tödliches „Grabenwahlrecht“ über entsprechende Mehrheiten im Bundesrat zu verhindern, stürzten die Düsseldorfer „Jungtürken“ Walter Döring, Willi Weyer und Walter Scheel im Februar 1956 den CDU-Ministerpräsidenten Karl Arnold, obwohl der eigentlich ein unionsinterner Dauerrivale des Bundeskanzlers war. Ausgerechnet die rechtslastige nordrhein-westfälische FDP – selbst von Bundespräsident Heuss als „Nazi-FDP“ geschmäht<sup>36</sup> – setzte fortan auf ein Bündnis mit der SPD.

Über diesen so genannten „Jungtürken-Putsch“, letztlich aber über die Frage: „weiter mit oder künftig gegen Adenauer?“ spalteten sich die Liberalen: Ein knappes Drittel der Abgeordneten (16 von 52), darunter alle vier FDP-Bundesminister, verließ am 23. Februar 1956 unter Führung des hessischen Landesvorsitzenden und stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden August Martin Euler die FDP-Fraktion und konstituierte sich bald danach als eigene, allerdings kurzlebige Freie Volkspartei.<sup>37</sup> Die Rest-FDP schied aus der Bundesregierung aus und verfolgte fortan einen dezidierten Oppositionskurs gegen Adenauer und die bisherige Außenpolitik.

## II.

Der neue liberale Kurs mit dem Primat der Deutschland- und Ostpolitik schlug sich wenige Tage später im sogenannten „Mende-Plan“ nieder. Die Darlegungen des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden auf einer Pressekonferenz im baden-württembergischen Landtagswahlkampf waren letztlich eine Neuauflage des Pfeleiderer-Plans mit einer begrenzten Nationalarmee und einer militärisch ausgedünnten Zone in Mitteleuropa, NATO-Einheiten im linksrheinischen Deutschland und Sowjettruppen in den Oder-Neiße-Gebieten. Neu war die Forderung nach der Einbindung Gesamtdeutschlands in ein europäisches Sicherheitssystem, das auf einem Fünf-Mächte-Pakt Deutschlands mit den vier Mächten oder einem – weitere europäische Staaten umfassenden – System kollektiver Sicherheit beruhen sollte. Das griff

35 Vgl. Schreiben Adenauer an Dehler und vice versa, 22.11. bzw. 29.11.1955. In: ebd., Dok. 141 und 147.

36 Vgl. Heuss an Toni Stolper, 7.2.1956. In: Theodor Heuss: Tagebuchbriefe 1955–1963. Eine Auswahl aus Briefen an Toni Stolper. Hrsg. von Eberhard Pikart. Stuttgart 1970, S. 143. Ferner Mende: Neue Freiheit (wie Anm. 15), S. 253.

37 Vgl. Brauers, Liberale Deutschlandpolitik (wie Anm. 29), S. 90 f.; Stalman: Einleitung. (wie Anm. 14), S. 31\* f.; Andrea von Lucke: Die Krise von 1956. Die Spaltung der FDP-Bundestagsfraktion unter der Führung August Martin Eulers und die Folgen für die hessische FDP. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 20 (2009), S. 97–112.

entsprechende sowjetische und britische Überlegungen der letzten Vier-Mächte-Außenministerkonferenzen von 1954/55 auf.<sup>38</sup>

Unter der Ägide Dehlers suchte die FDP nun Kontakte nach Osten und forderte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den Ostblockstaaten. So konstatierte das „Berliner Programm“, das am 26. Januar 1957 vom FDP-Bundesparteitag „in der Reichshauptstadt“ beschlossen wurde:

„Wir haben die Pflicht, zur Milderung der Gegensätze zwischen Ost- und West auf unserem eigenen Boden beizutragen. Wenn durch die Pariser Verträge ein dauerhaftes Freundschaftsverhältnis mit den Westmächten angestrebt und erreicht wurde, so stellt sich uns ebenso die Aufgabe, durch eine aktive und konstruktive Politik das Verhältnis Deutschlands zu den osteuropäischen Völkern friedlich zu regeln.“<sup>39</sup>

Die Hallstein-Doktrin, die 1957 gegenüber Jugoslawien mit dem Abbruch diplomatischer Beziehungen erstmals praktiziert wurde, lehnten die Liberalen ab. 1959 reiste der Parlamentarische Fraktionsgeschäftsführer Wolfgang Mischnick im Zuge eines Treffens der Interparlamentarischen Union, einer weltweiten Parlamentarierorganisation, erstmals nach Warschau, um mit Polen Kontakte zu knüpfen.<sup>40</sup> Etliche Ostkontakte liefen über FDP-nahe Vertreter der Großindustrie. So besuchte der langjährige FDP-Schatzmeister Hans Wolfgang Rubin in seiner Eigenschaft als Vorstandsmitglied der Gelsenkirchener Eisen und Metall AG häufiger Ostblock-Länder wie die UdSSR oder die DDR.<sup>41</sup> Ex-Parteichef Dehler, inzwischen auf den Posten eines Bundestagsvizepräsidenten abgeschoben, führte – anders als Vertreter der Bundesregierung – im Sommer 1963 sogar Gespräche im Kreml mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Nikita Chruschtschow und Außenminister Andrej Gromyko.<sup>42</sup>

38 Vgl. Mende: Neue Freiheit (wie Anm. 15), S. 370-372; Stalman: Einleitung (wie Anm. 14), S. 87\*; Brauers, Liberale Deutschlandpolitik (wie Anm. 29), S. 93 f.

39 Vgl. Berliner Programm der FDP, in: ADL, Druckschriftenbestand, D1-29, Titulatur bzw. These 9, online abrufbar unter <https://www.freiheit.org/sites/default/files/uploads/2017/03/03/1957berlinerprogramm.pdf>, Bl. 4 und 10.

40 Vgl. Wolfgang Mischnick: Dehler und die deutsche Einheit. In: Nach-Denken. Thomas Dehler (wie Anm. 23), S. 72; ders.: Die deutschlandpolitischen Aktivitäten der FDP 1945-1970. Autobiographische Reflexionen. In: Reinhard Hübsch/Jürgen Frölich (Hrsg.): Deutsch-deutscher Liberalismus im Kalten Krieg. Zur Deutschlandpolitik der Liberalen 1945-1970. Potsdam 1997, S. 98.

41 Vgl. Arnulf Baring: Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel. Stuttgart 1982, S. 221. Ähnlich Bonn – Berlin – Moskau – Washington. Die Deutschlandpolitik der Liberalen im Kontext bundesdeutscher Außenpolitik. Erich Mende im Gespräch mit Reinhard Hübsch. In: Ders./Frölich (Hrsg.): Deutsch-deutscher Liberalismus (wie Anm. 40), S. 137.

42 Vgl. Gespräch Dehler mit Gromyko am 2.9.1961, Vermerk Staatssekretär Lahr über Gespräch mit Dehler am 5.9.1962. In: Akten zur auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963. Bearb. von Mechthild Lindemann u. Ilse Dorothee Pautsch. München 1994, Dok. 325 u. 328; Gespräch Dehler mit Chruschtschow am 4.9.1963. In: Gerhard

Bereits 1956 hatte die FDP durch spektakuläre deutsch-deutsche Kontakte eine Art Tabubruch begangen. Wolfgang Döring, inzwischen Fraktionsvorsitzender in Düsseldorf, Erich Mende und Walter Scheel sprachen zunächst in Garmisch-Partenkirchen, dann in Weimar mit Vertretern der liberalen Blockpartei LDPD, darunter mit deren Generalsekretär (und späterem Vorsitzenden) Manfred Gerlach. Auch wenn die Gespräche inhaltlich nicht weit führten und durch die Ungarn- und Suez-Krise im Herbst ein rasches Ende fanden, signalisierten sie doch die Gesprächsbereitschaft der Liberalen über den Eisernen Vorhang hinweg und deren Willen, den Status quo zu überwinden.<sup>43</sup> Ein deutliches Zugeständnis war zudem die zeitgleiche Schließung des „Ostbüros“ der Partei, das vom Ostblock als feindliche Agentenzentrale angeprangert worden war.<sup>44</sup> Mit diesem demonstrativen Friedensangebot gen Osten waren die Liberalen der CDU und SPD um Jahre voraus.

Zur liberalen Offenheit für eine Politik der Entspannung gehörte ab 1956/57 auch die Unterstützung der FDP für „disengagement“-Pläne und eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa, wie sie der polnische Außenminister Adam Rapacki oder der britische Labour-Vorsitzende Hugh Gaitskill vorschlugen.<sup>45</sup> Dass dies den fragilen Frieden im Kalten Krieg sicherer machen würde, bestritt die unionsgeführte Bundesregierung und beharrte, Voraussetzung für jede Form militärischer Entspannung und Abrüstung müssten vorherige Zugeständnisse des Ostens in der offenen Deutschen Frage sein. Faktisch lief das auf eine Absage an jegliche Form von Détente hinaus.

Angesichts dieses Gegensatzes war es konsequent, dass die FDP trotz ihrer bekannten Wehrfreundlichkeit eine „Atombewaffnung“ der Bundeswehr ablehnte, also eine Ausrüstung der westdeutschen Truppen mit Trägersystemen für amerikanische Nuklearsprengköpfe, die dabei streng unter amerikanischer Alleinverantwortung bleiben sollten (und blieben). Die Liberalen fürchteten, dies könne den Frieden gefährden, weil Moskau nicht taten-

Wettig (Hrsg.): Chruschtschows Westpolitik 1955 bis 1964 – Gespräche, Aufzeichnungen und Stellungnahmen. Bd. 4: Außenpolitik nach der Kuba-Krise (Dezember 1962 bis Oktober 1964). Berlin 2016, Dok. 18. Vgl. ferner Wengst: Dehler (wie Anm. 23), S. 333 f.

43 Vgl. dazu Roger Engelmann: Brüchige Verbindungen. Die Beziehungen zwischen FDP und LDPD 1956–1966. In: Ders./Paul Erker: Annäherung und Abgrenzung. Aspekte deutsch-deutscher Beziehungen 1956–1969. München 1993, S. 12–89; ders.: Innerdeutsche Beziehungen im Kalten Krieg. Die Deutschlandpolitik der FDP und ihre Kontakte zu LDPD und SED 1956–1966. In: Hübsch/Frölich (Hrsg.): Deutsch-deutscher Liberalismus (wie Anm. 40), S. 54–81.

44 Vgl. Wolfgang Buschfort: Das Liberale Ostbüro – Widerstand von außen? In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 17 (2005), S. 161–198.

45 Vgl. FDP-Bundesvorstand. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Thomas Dehler und Reinhold Maier: Sitzungsprotokolle 1954–1960. Bearb. von Udo Wengst. Düsseldorf 1991, Nr. 46, S. 324.



los bleiben werde, zudem vertiefe es die deutsche Teilung.<sup>46</sup> Allerdings ging die Ablehnung der Atombewaffnung durch die Liberalen nicht so weit, dass sich die Partei insgesamt an der primär von SPD, Gewerkschaften und Evangelischer Kirche getragenen „Kampf dem Atomtod“-Kampagne beteiligt hätte; dies taten nur einzelne Protagonisten wie Dehler oder die „grande dame“ des Liberalismus, Marie-Elisabeth Lüders.<sup>47</sup> Bei der entscheidenden Abstimmung im Bundestag am 25. März 1958 enthielten sich die liberalen Abgeordneten überwiegend der Stimme.<sup>48</sup> Das verfestigte in der Öffentlichkeit das Bild von unberechenbaren, in sich zerstrittenen Liberalen. Dabei versuchte vor allem die NRW-FDP, die Wahlen zum Düsseldorfer Landtag am 6. Juli 1958 zu einem Plebiszit gegen die Atombewaffnung zu stilisieren, doch diese Strategie scheiterte: Die Liberalen verloren deutlich an Stimmen, und die SPD-FDP-Landesregierung unter Fritz Steinhoff musste einer CDU-Alleinregierung unter dem neuen Ministerpräsidenten Franz Meyers weichen. Selbstkritisch räumte der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Siegfried Zoglmann, später ein, die Antiatomdebatte habe der Partei nichts eingebracht, „weil wir hier in einer Ecke agierten, in die wir nicht hineingehörten (Panzerhauptmann Döring mit deutschem Kreuz in Gold paßt nicht neben Kriegsdienstverweigerer)“.<sup>49</sup> Gleichwohl blieb die FDP bei der Forderung nach einem dauerhaften deutschen Verzicht auf Nuklearambitionen, um einer Verschärfung der Ost-West-Spannung vorzubeugen und zugleich die eigene Friedfertigkeit zu unterstreichen.<sup>50</sup>

Während es bisher stets die SPD gewesen war, die alle Verträge zur (west-)europäischen Integration als Hindernis für die deutsche Einheit abgelehnt hatte, übernahm nun die FDP diese Rolle. 1957 lehnten die Liberalen darum im Bundestag die Römischen Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und EURATOM ab, aber auch weil die neu entstehenden Europäischen Gemeinschaften zu dirigistisch seien.<sup>51</sup> Zudem fürchteten die auf globalen Freihandel hin orientierten Liberalen, das neue „Kleinsteuropa“ der Sechs werde das freie Westeuropa zusätzlich wirtschaft-

46 Vgl. Informationsbericht des Bonn-Korrespondenten der Wochenzeitschrift „Die Zeit“, Robert Strobel Nr. 2 vom 7.1.1958. In: IfZ, ED 329 (NL Strobel), Bd. 10.

47 Vgl. die Diskussion im FDP-Bundesvorstand, 28.2.1958. In: FDP-Bundesvorstand 1954-1960 (wie Anm. 45), S. 339 f.

48 Vgl. Brauers, Liberale Deutschlandpolitik (wie Anm. 29), S. 115.

49 In: FDP-Fraktion (wie Anm. 14), Nr. 155, S. 897 (12.2.1964).

50 Vgl. z. B. Punkt B.7 c) des „Deutschlandplans der FDP“ vom Januar 1959, in: Peter Juling: Programmatische Entwicklung der FDP 1946 bis 1969. Einführung und Dokumente. Meisenheim am Glan 1977, S. 161.

51 Zur Europapolitik der FDP in den 50er Jahren vgl. Peter Jeutter: EWG – Kein Weg nach Europa. Die Haltung der Freien Demokratischen Partei zu den Römischen Verträgen 1957. Bonn 1985; Mechthild Winking: Liberale Außenpolitik zwischen Profilierung und Anpassung beispielhaft dargestellt an der Abstimmung der FDP zu den Römischen Verträgen 1957. Münster 2004.

lich spalten. Gegenüber der EWG bevorzugte die FDP die OEEC – womit die Liberalen ein weiteres Mal ganz auf der Linie von Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard lagen, der sich indes innerhalb der Bundesregierung gegen Adenauer und Integrationsverfechter wie Finanzminister Franz Etzel nicht durchsetzen konnte.<sup>52</sup> Intern war die FDP über den Ausbau der westeuropäischen Integration durchaus gespalten; doch die Integrationsbefürworter um Parteichef Reinhold Maier und den in die Bundespolitik gewechselten Walter Scheel, der die FDP 1956 bis 1961 in der Parlamentarischen Versammlung der Europäischen Gemeinschaften („Europäisches Parlament“) vertrat, unterlagen knapp den innerparteilichen Gegenspielerinnen um den europapolitischen Fraktionssprecher Robert Margulies.<sup>53</sup> Die weitere Integration Westeuropas, die bis heute gerne zum Friedensprojekt verklärt wird,<sup>54</sup> ordneten die Liberalen ihren deutschland- und ostpolitischen Prioritäten unter: „Die friedliche Wiedervereinigung mit Mitteldeutschland und den ostdeutschen Gebieten in einem deutschen Reich mit freiheitlicher Ordnung ist unser oberstes Ziel. Alle innen- und außenpolitischen Anstrengungen müssen in erster Linie der Erreichung dieses Zieles dienen“, verkündete das „Berliner Programm“ unbekümmert aller dem entgegenstehenden Realitäten.<sup>55</sup> Demonstrativ wurde dort vielmehr betont, „daß der europäische Gedanke nicht an der Elbe aufhört.“ Notwendig sei, „den Europagedanken aus seiner bisherigen Enge zu befreien und ihn im Sinne der geschichtlichen Verbundenheit, des kulturellen Erbes und des abendländischen Geistes zur Idee des ‚größeren Europa‘ auszuweiten.“<sup>56</sup>

Im Zuge der Berlin-Krise ab November 1958 drohte Chruschtschow, einen separaten Friedensvertrag mit der DDR abzuschließen. Das hätte die Teilung weiter vertieft. Wie die SPD legte daher die FDP Anfang 1959 einen Deutschlandplan vor. Dieser baute sicherheitspolitisch auf dem Pfeleiderer-/Mende-Plan auf, d.h., er plädierte für ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem, deutsche Bündnislosigkeit und eine militärisch ausgedünnte, konkret:

52 Vgl. Ulrich Lappenküper: „Ich bin wirklich ein guter Europäer“. Ludwig Erhards Europapolitik 1949–1966. In: *Francia* 18/3 (1991), S. 85–121.

53 Allerdings entsandte die FDP 1964 ausgerechnet Margulies als ersten EG-Kommissar aus ihren Reihen nach Brüssel, vgl. Neuss: Europa mit der linken Hand (wie Anm. 13), S. 220–230. Margulies' Amtsvorgänger Krekeler hatte bei seiner Entsendung 1958 zur EURATOM bereits mit der FDP gebrochen und wurde als „Überläufer geächtet“, vgl. Informationsbericht Strobels, 10.6.1958. In: Adenauer und die FDP (wie Anm. 13), Dok. 189.

54 Vgl. dazu Klaus Kiran Patel: *Projekt Europa. Eine kritische Geschichte*. München 2018, S. 65–107.

55 Vgl. Berliner Programm (wie Anm. 39), These 10. Schon 1952 hatte Heuss den FDP-Vorsitzenden Dehler für dessen häufige Verwendung des antiquierten Reichsbegriffes gerügt, vgl. Schreiben Heuss an Dehler, 25.11.1952. In: Heuss: Briefe 1949–1954 (wie Anm. 10), Dok. 141, S. 380 f.

56 Vgl. Berliner Programm (wie Anm. 39), These 9.

eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa. Gefordert wurde daher, neben dem eigentlichen Friedensvertrag mit Deutschland zeitgleich „einen Vertrag über ein europäisches Sicherheitssystem, wie es seit der Berliner Konferenz von 1954 in West und Ost erörtert wird, abzuschließen“<sup>57</sup> – ein Gedanke, der letztlich auf die „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE) hinführte, auch wenn diese erst Anfang der 1970er Jahre Gestalt annehmen sollte. Neu hinzu kam der Gedanke von Auftragsverhandlungen, die die beiden deutschen Staaten namens der Vier Mächte über Modalitäten der deutschen Einigung führen sollten. Das ermöglichte Gespräche mit der DDR, ohne diese staatsrechtlich anerkennen zu müssen.<sup>58</sup>

Durch den nach dem amerikanischen Außenminister benannten „Herter-Plan“, den die Westmächte wenige Monate später bei der Genfer Außenministerkonferenz als lange Zeit letzten Wiedervereinigungsplan vorlegten, sahen sich die Liberalen bestätigt. Auch dieser Stufenplan sah nach der Vereinigung Berlins (nach freien Wahlen) die Einsetzung gesamtdeutscher Kommissionen vor, die, im Verhältnis 2:1 von der Bundesrepublik und der DDR besetzt, ein Wahlgesetz erarbeiten sollten, um in beiden deutschen Staaten freie Wahlen und die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung zu ermöglichen.<sup>59</sup> Die Idee gesamtdeutscher Kommissionen – offiziell unter Vier-Mächte-Ägide – wurde in den kommenden Jahren zum Kernelement der deutschlandpolitischen Vorschläge der Liberalen.

### III.

Seit die Supermächte in der Doppelkrise um Berlin und Kuba 1961/62 am Rande des nuklearen Weltkriegs gestanden hatten, bemühten sich die USA unter den Präsidenten John F. Kennedy und seinem Nachfolger Lyndon B. Johnson energisch um internationalen Spannungsabbau, um Détente. Die Deutschen drohten, wie der Adenauer-Vertraute Heinrich Krone notierte, zum „Opfer der amerikanischen Entspannungspolitik“ zu werden.<sup>60</sup> Denn spätestens seit mit dem Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 die Tei-

57 Vgl. Punkt A.2 des Deutschlandplans vom Januar 1959, in: Juling: Programmatische Entwicklung (wie Anm. 50), S. 159.

58 Vgl. Brauers: Liberale Deutschlandpolitik (wie Anm. 29), S. 120 f.; Stalman: Einleitung. In: FDP-Fraktion (wie Anm. 14), S. 87\* f.

59 Für den Herter-Plan vom 14.5.1959 vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe, Bd. 2: 9. Mai bis 10. August 1959. 1. Halbband. Bearb. von Ernst Deuerlein und Werner John. Frankfurt a.M./Berlin 1971, S. 78-82; vgl. ferner Hans-Peter Schwarz: Die Ära Adenauer. Bd. 2: Epochenwechsel 1957–1963. Stuttgart/Wiesbaden 1983, S. 91 f.

60 Vgl. Heinrich Krone: Tagebücher. Bd. 2: 1961–1966. Bearb. von Hans-Otto Kleinmann. Düsseldorf 2003, S. 206 (5.8.1963).

lung Deutschlands im Wortsinne zementiert worden war, war klar, dass am territorialen Status quo in Europa nicht mehr zu rütteln war.

International – allerdings noch nicht in Westdeutschland – war die Ansicht längst Allgemeingut, dass Entspannung nicht durch eine deutsche Wiedervereinigung (als Heilung der Ost-West-Spannungsursache), sondern primär durch (nukleare) Abrüstung und Rüstungskontrolle zu bewerkstelligen sei. Eine Wiedervereinigung konnte fortan, wenn überhaupt, nur langfristig durch Entspannung herbeigeführt werden. Diese Erkenntnis zu akzeptieren und zu praktizieren, fiel der FDP deutlich leichter als den Unionsparteien.

Nach ihrem fulminanten Ergebnis bei den Bundestagswahlen 1961 trat die FDP wieder in die Regierung ein, sogar unter dem ungeliebten Adenauer. Dies war der berühmt-berüchtigte „Umfall“, der die Partei noch über Jahrzehnte hinaus als Stigma verfolgen sollte. Die FDP hatte zwar nicht den Bundeskanzler stürzen können, doch erzwang sie zumindest die Vertreibung von dessen Paladin von Brentano. Dieser verkörperte als Außenminister all das, was die FDP am Adenauer-Kurs ablehnte: katholisch-kleineuropäisch-abendländische Gesinnung, rigiden Antikommunismus und Sprachlosigkeit gegenüber dem Osten.<sup>61</sup>

Neuer Außenminister wurde Gerhard Schröder von der CDU. Dieser hatte als Innenminister als konservativer Hardliner gegolten, entfaltete aber im neuen Amt rasch ein progressives Profil, so dass der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Ewald Bucher bereits 1962 bemerkte, durch diesen von den Liberalen herbeigeführten Amtswechsel seien gleich zwei Ministerien besser besetzt worden.<sup>62</sup> Schröder initiierte in enger Anlehnung an die amerikanische Schutzmacht eine „Politik der Bewegung“ gegenüber dem Osten. Dies lief auf eine vorsichtige Neuinterpretation der Hallstein-Doktrin im Sinne der „Geburtsfehler-Theorie“ hinaus: Da die osteuropäischen Satelliten nie frei in ihrer Entscheidung gewesen seien, welchen der beiden deutschen Staaten sie anerkennen wollten, sollte es fortan möglich sein, zu ihnen Beziehungen zu pflegen, obschon sie das „Pankower Regime“ anerkannten. Die Errichtung westdeutscher Handelsmissionen in diesen Ländern war ein erster Schritt zum Aufbau diplomatischer Beziehungen, um den Spielraum der DDR gleichsam in deren eigenem Hinterhof einzuschränken.<sup>63</sup>

61 Zu den Koalitionsverhandlungen vgl. Daniel Koerfer: Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer. Stuttgart 1987, S. 579-637; Tim Geiger: Atlantiker gegen Gaullisten. Außenpolitischer Konflikt und innerparteilicher Machtkampf in der CDU/CSU, 1958–1969. München 2015, S. 133-141; Löttel: Einleitung. In: Adenauer und die FDP (wie Anm. 13), S. 93-98.

62 Zitiert nach Georg Schröder: „Wer nicht steigt, hat verloren“. In: Die Welt vom 14.7.1962.

63 Vgl. dazu und zum Folgenden Franz Eibl: Politik der Bewegung. Gerhard Schröder als Außenminister 1961–1966. München 2001; Torsten Oppeland: Gerhard Schröder (1910-1989). Politik zwischen Staat, Partei und Konfession. Düsseldorf 2002; Geiger: Atlantiker gegen Gaullisten (wie Anm. 61), S. 218-222.

In den Unionsparteien ging bereits diese vorsichtige Flexibilisierung der bisherigen Deutschland- und Ostpolitik vielen zu weit. Sie fürchteten die Preisgabe geheiligter Grundsätze und vor allem einen Dammbruch hin zur internationalen Anerkennung der DDR, von der man annahm, sie würde die Teilung Deutschlands weiter vertiefen und verfestigen. Die FDP dagegen unterstützte Schröders Politik nachdrücklich. Sie forderte seit langem die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zu den Osteuropäern – ein Schritt, den der zögerliche neue Kanzler Ludwig Erhard letztlich nie wagte angesichts der massiven Widerstände in seiner eigenen Partei und Fraktion.<sup>64</sup>

All das gehört zum Gesamtkomplex der Atlantiker-Gaullisten-Kontroverse, in der über Selbstverständnis und Verortung der Bundesrepublik im internationalen System gestritten wurde.<sup>65</sup> Die FDP stand klar im Lager der Atlantiker, also jener, die den engst möglichen Schulterschluss mit der transatlantischen Schutzmacht und ihrem Entspannungskurs suchten.

Dagegen kritisierte die FDP den nationalen Chauvinismus des französischen Präsidenten Charles de Gaulle und dessen Auflehnung gegen die amerikanische Hegemonialmacht. Als de Gaulle mit seiner Politik des „leeren Stuhls“ die EWG seit Sommer 1965 ebenso in die Krise stürzte wie ein halbes Jahr später die NATO durch den Rückzug Frankreichs aus der integrierten Militärstruktur, avancierten die Liberalen zu Verteidigern dieser davor oft kritisierten Organisationen. Vor allem de Gaulles auf eine protektionistische Abschottung des bestehenden Sechser-Europas gerichtete Agrar- und Handelspolitik erregte den Zorn der Liberalen. Leidenschaftlich unterstützte die FDP 1958 das von London forcierte, aber bald fehlgeschlagene Projekt einer Großen Europäischen Freihandelszone und ebenso die Erweiterung der EWG durch den Beitritt Großbritanniens – beides Projekte, die am Veto Frankreichs scheiterten.<sup>66</sup> Den deutsch-französischen Vertrag sahen die Liberalen 1963 weniger als Manifestation der friedlichen Aussöhnung beider Völker, sondern angesichts der Koinzidenz mit de Gaulles Veto gegen Großbritannien höchst skeptisch. Dehler nannte den Elysée-Vertrag „unnötig wie einen bayerischen Kropf“<sup>67</sup>. Zusammen mit der SPD und „Atlantikern“ in der Union erwirkte die FDP die Einfügung jener „atlantischen Präambel“,

64 Vgl. dazu Mathias Siekmeier: *Restauration oder Reform? Die FDP in den sechziger Jahren – Deutschland- und Ostpolitik zwischen Wiedervereinigung und Entspannung*. Köln 1998.

65 Vgl. dazu Geiger: *Atlantiker gegen Gaullisten* (wie Anm. 61); Eckard Conze: *Staatsräson und nationale Interessen. Die „Atlantiker-Gaullisten“-Debatte in der westdeutschen Politik- und Gesellschaftsgeschichte der 1960er Jahre*. In: Ursula Lehmkuhl u. a. (Hrsg.): *Deutschland, Großbritannien, Amerika. Politik, Gesellschaft und Internationale Geschichte*. Stuttgart 2003, S. 197–226; Rainer Marcowitz: *Option für Paris? Unionsparteien, SPD und Charles de Gaulle 1958–1969*. München 1996.

66 Vgl. mit weiteren Nachweisen Geiger: *Atlantiker gegen Gaullisten* (wie Anm. 61), S. 83–87, 171–176.

67 FDP-Bundesvorstand. *Die Liberalen unter dem Vorsitz von Erich Mende. Sitzungsprotokolle 1960–1967*. Bearb. von Reinhard Schiffers. Düsseldorf 1993, S. 450 (22.2.1963);

durch die jedem deutsch-französischen Sonderverhältnis – „Zweibund“, wie man damals in historischer Analogie formulierte<sup>68</sup> – eine Absage erteilt wurde.<sup>69</sup>

Dabei teilte der Großteil der FDP eigentlich de Gaulles nationalstaatlich-intergouvernementalen Ansatz eines „Europas der Vaterländer“. Doch dessen provokanter Stil und auch das Faktum, dass die sogenannten deutschen „Gaullisten“, also Unionspolitiker wie Franz Josef Strauß, Karl Theodor von und zu Guttenberg, Heinrich Krone und Konrad Adenauer, als entschiedene FDP-Gegner auf eine Große Koalition mit der SPD hinwirkten, ließ die meisten in der FDP das progressive ostpolitische Element in de Gaulles Konzept eines „Europas vom Atlantik bis zum Ural“ übersehen. Mittels des Dreischritts „détente – entente – coopération“ zielte de Gaulle auf eine Wiederannäherung und ein Zusammenwachsen der europäischen Staaten über die Trennlinien des Kalten Krieges hinweg.<sup>70</sup> Im Sinne einer „Europäisierung der deutschen Frage“ eröffnete das durchaus spannende Perspektiven – auch für eine langfristige Annäherung der beiden deutschen Staaten. In der FDP-Führung scheint einzig Walter Scheel, seit 1961 Bundesminister für Entwicklungshilfe, diese Komponente rezipiert zu haben.<sup>71</sup> Zusammen mit dem langjährigen (1961–1968) Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses der Fraktion, Ernst Achenbach, und Gustav Adolf Sonnenhol, zwei alten Wilhelmstraßen-Diplomaten (mit einschlägiger NS-Belastung), die während des „Dritten Reichs“ in Frankreich tätig gewesen waren, gehörte Scheel zu den wenigen offenen de Gaulle-Sympathisanten in der FDP.<sup>72</sup>

Udo Wengst: Thomas Dehler und der Élysée-Vertrag. In: Peter R. Weilemann u. a. (Hrsg.): Macht und Zeitkritik. Festschrift für Hans-Peter Schwarz zum 65. Geburtstag. Paderborn u.a. 1999, S. 237–242.

68 Vgl. Hans-Peter Schwarz: Erbfreundschaft. Adenauer und Frankreich. *Amitié héréditaire*. Adenauer et la France. Bonn 1992, S. 51.

69 Vgl. Oliver Bange: English, American, and German interests behind the Preamble to the Franco-German Treaty 1963. In: Gustav Schmid (Hrsg.): Zwischen Bündnissicherung und privilegierter Partnerschaft. Die deutsch-britischen Beziehungen und die Vereinigten Staaten von Amerika 1955–1963. Bochum 1995, S. 225–280; Geiger: Atlantiker gegen Gaullisten (wie Anm. 61), S. 197–217.

70 Zu de Gaulles Europakonzeption vgl. Wilfried Loth: De Gaulle und Europa. Eine Revision. In: *Historische Zeitschrift* 253 (1991), S. 629–660; Hans-Dietrich Lucas: Europa vom Atlantik bis zum Ural. Europapolitik und Europadenken im Frankreich der Ära de Gaulle (1958–1969). Bonn 1992.

71 Vgl. z. B. Scheel am 27.9.1960. In: FDP-Fraktion (wie Anm. 14), Nr. 114, S. 349; Rede Scheels im (Außenpolitischen) Arbeitskreis I auf dem FDP-Bundesparteitag in Düsseldorf, 24.5.1962. In: Bundesrepublik Deutschland und Frankreich: Dokumente 1949/1963. Hrsg. von Horst Möller und Klaus Hildebrand. Bd. 3: Parteien, Öffentlichkeit, Kultur. Bearb. von Herbert Elzer. München 1997, S. 673–677.

72 Vgl. Wolfgang Schollwer: FDP im Wandel. Aufzeichnungen 1961–1966. Hrsg. von Monika Faßbender. München 1994, S. 165 (8.10.1963), 243 f. (10.2.1965); Sonnenhol, Untergang oder Übergang (wie Anm. 23), S. 219. Achenbach und Sonnenhol, letzterer unter Blücher zunächst Leiter der Pressestelle im Marshallplan-Ministerium, dann nach seiner Zeit

Während de Gaulle bereits 1959 die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze forderte, blieb dies für die Liberalen – wie die anderen bundesdeutschen Parteien – vorerst tabu.<sup>73</sup> Exzeptionell waren insofern entsprechende Überlegungen in der Studie, die der außen- und deutschlandpolitische Referent der Bundesgeschäftsstelle, Wolfgang Schollwer, im April 1962 vorlegte.<sup>74</sup> Der gebürtige Potsdamer Schollwer, als früherer DDR-Flüchtling und letzter Leiter des FDP-Ostbüros zunächst überzeugter „Kalter Krieger“, entwickelte sich damit zum Vordenker einer Entspannungs- und Ostpolitik, wie sie dann ab 1969 in der sozialliberalen Koalition ins Werk gesetzt wurde<sup>75</sup>: Der „Egon Bahr der FDP“<sup>76</sup> zog die Konsequenz aus der Tatsache, daß unter den Gegebenheiten des Kalten Krieges eine friedliche nationalstaatliche Wiedervereinigung der beiden in antagonistische Systeme eingebundenen deutschen Staaten unmöglich war. Darum entwarf Schollwer eine langfristig angelegte Politik, die auf die innere Liberalisierung der DDR zielte, um für die Gegenwart eine Verklammerung und für die fernere Zukunft dadurch eine Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten zu ermöglichen: „Heißt das Fernziel nach wie vor die deutsche Wiedervereinigung in Freiheit, so lautet das Nahziel: Entstalinisierung Mitteldeutschlands und Wiederverklammerung der beiden deutschen Teile.“ Voraussetzung da-

als stellvertretender Leiter der OEEC-Botschaft in Paris von 1962–1968 Ministerialdirektor im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, gehörten zu den wenigen im FDP-Bundesvorstand, die im Frühjahr 1963 trotz aller Empörung über de Gaulles Veto gegen den britischen EWG-Beitritt von Anfang an konsequent für die Ratifizierung des deutsch-französischen Vertrags eintraten, vgl. FDP-Bundesvorstand 1960–1967 (wie Anm. 67), Nr. 36, S. 425 (1.2.1963) bzw. Nr. 37, S. 463 (22.2.1963).

- 73 Vgl. dazu Oliver Bange/Tim Geiger: Die kirchlichen Versöhnungsinitiativen und die Polenpolitik der deutschen Volksparteien 1965–1972. In: Friedhelm Boll u. a. (Hrsg.): Versöhnung und Politik. Polnisch-deutsche Versöhnungsinitiativen der 1960er-Jahre und die Entspannungspolitik. Bonn 2009, S. 269–295. Im Deutschlandplan von 1959 wurde nur deshalb auf den gängigen Rekurs auf „Deutschland in den Grenzen von 1937“ verzichtet, weil Siegfried Zoglmann seine sudetendeutsche Heimat nicht ausgeklammert sehen wollte, vgl. Wolfgang Schollwer: Liberale Opposition gegen Adenauer. Aufzeichnungen 1957–1961. Bearb. von Monika Faßbender. München 1990, S. 69 (28.1.1959).
- 74 Zum Folgenden vgl. Schollwer: FDP im Wandel (wie Anm. 72), S. 8, 44 f.; Volker Erhard: Die Schollwer-Papiere 1962 und 1966. In: Hübsch/Frölich (Hrsg.), Deutsch-deutscher Liberalismus (wie Anm. 40), S. 237–251; Siekmeier: Restauration oder Reform (wie Anm. 64), S. 103–110, 216 f.
- 75 Zur Person vgl. die autobiographischen Selbstzeugnisse: Wolfgang Schollwer: Potsdamer Tagebuch 1948–1950. Liberale Politik unter sowjetischer Besatzung. München 1988; ders.: „Gesamtdeutschland ist uns Verpflichtung“. Aufzeichnungen aus dem FDP-Ostbüro 1951–1957. Bearb. von Jürgen Frölich. Bremen 2004; ders.: Liberale Opposition (wie Anm. 73); ders.: FDP im Wandel (wie Anm. 72); ders.: „Da gibt es in der FDP noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten...“. Aufzeichnungen aus der FDP-Bundesgeschäftsstelle 1966–1970. Bremen 2007; ders.: Die neue Ost- und Entspannungspolitik im Auswärtigen Amt: Aufzeichnungen 1970 bis 1972. Köln 2005; ders.: Das letzte Kabinett Brandt/Scheel: Aufzeichnungen 1972 bis 1974. Köln 2006.
- 76 Siekmeier: Restauration oder Reform (wie Anm. 64), S. 103.



für waren für Schollwer zunächst Konzessionen des Westens – in Form einer Anerkennung der DDR und der deutschen Zweistaatlichkeit, aber auch des atomwaffenfreien Status und der „gegenwärtigen deutschen Ostgrenzen bis zu einer endgültigen vertraglichen Regelung in einem deutschen Friedensvertrag“. Die Hallstein-Doktrin und das Verdikt gegen diplomatische Beziehungen mit Osteuropa sollten fallen. Dafür hoffte Schollwer im Gegenzug auf innere Reformen in der DDR bis hin zur Absetzung des DDR-Staats- und Parteichefs Walter Ulbricht, der Freilassung politischer Gefangener und einer Beseitigung der Mauer.<sup>77</sup>

Schollwers Überlegungen brachen gleich mit mehreren deutschlandpolitischen Tabus, etwa durch die Hinnahme der Zweistaatlichkeit, durch die in Aussicht gestellte Kooperation statt der bisherigen Konfrontation mit der DDR und durch die de-facto-Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze (auch wenn diese formal unter dem Vorbehalt einer endgültigen friedensvertraglichen Regelung blieb). Nach kontroverser Diskussion in den Führungsgremien von Partei und Fraktion verschwand die Studie zunächst wieder in der Schublade. Als sie an die Illustrierte „Quick“ durchgestochen und dort 1964 skandalisierend veröffentlicht wurde, erfolgte – schon aus wahltaktischen Gründen im Vorfeld der nahenden Bundestagswahl im Folgejahr – eine öffentliche Distanzierung durch die FDP-Führung. Doch wie beim Pfeleiderer-Plan im Jahrzehnt zuvor mehrten sich nach und nach Stimmen in der Partei, die genau in diese von Schollwer vorgezeichnete Richtung einer Wiedervereinigung durch Entspannung drängten.<sup>78</sup>

So weit war insbesondere der stark auf das Bündnis mit den Unionsparteien festgelegte FDP-Vorsitzende Erich Mende nicht bereit zu gehen. Dabei gab Mende, der 1963 nach dem Kanzlerwechsel zu Erhard Minister für gesamtdeutsche Fragen geworden war, der Deutschlandpolitik mit seiner „Politik der kleinen Schritte“ wichtige Impulse, um die Folgen der hermetischen Abriegelung der innerdeutschen Grenze zu lindern. Ohne den Vizekanzler Mende hätte es im Dezember 1963 kein Passierscheinabkommen zwischen dem West-Berliner Senat unter dem Regierenden Bürgermeister Willy Brandt und der DDR gegeben. Dieses ermöglichte rund 1,2 Millionen West-Berlinern über Weihnachten erstmals seit dem Mauerbau ihre Familienangehörigen und Freunde im anderen Teil der Stadt wiederzusehen. Drei weitere Passierscheinabkommen folgten, bis 1966 die DDR dieses Fenster in der

77 Vgl. Wolfgang Schollwer: Denkschrift zur deutschen Frage. „Verklammerung und Wiedervereinigung“. Juni 1962. In: ADL, Bestand Wolfgang Schollwer, Sig. 10806/20, Zitate S. 14 und 15; online unter <https://www.freiheit.org/sites/default/files/uploads/2017/03/03/1962schollwer-papier.pdf>.

78 Erhard: Schollwer-Papiere (wie Anm. 74), S. 245 f.; Siekmeier: Restauration oder Reform (wie Anm. 64), S. 119-123, 127.

Mauer wieder schloss.<sup>79</sup> Zu nennen sind ferner der Häftlingsfreikauf<sup>80</sup>, die – indirekt über die sowjetische Botschaft in Bonn erwirkte – Verordnung der DDR für Rentnerreisen in den Westen oder der Bau der Autobahnbrücke über die Saale bei Hof.<sup>81</sup> Dabei blieb Mende stets im Rahmen der bundesdeutschen Rechtspositionen von Nichtanerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze, auch wenn seine Politik durchaus dem Schollwerschen Gedanken einer stärkeren deutsch-deutschen Verklammerung auf alltagspraktischer Ebene entsprach.

Spätestens 1966 wurde offenkundig, dass die FDP außen- und deutschlandpolitisch längst der SPD näher stand als der noch immer in alten Denkmustern verharrenden Union. Während die Republik noch über einen möglichen Redneraustausch zwischen SPD und SED diskutierte, trafen sich auf Einladung hessischer Jungdemokraten am 31. März 1966 bereits – wie zehn Jahre zuvor – erneut FDP-Politiker, darunter der stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Wolfgang Mischnick, mit Vertretern der LDPD-Schwesterpartei in Bad Homburg.<sup>82</sup>

Gleichwohl erfolgte die eigentliche deutschland- und ostpolitische Neuausrichtung der Liberalen erst in der erneuten Oppositionsphase ab Ende Oktober 1966. Diese zentrale Phase würden einen eigenen Beitrag verdienen und kann hier nur noch angerissen werden.<sup>83</sup>

Da war zunächst die zweite Schollwer-Studie vom Januar 1967, die von der FDP-Führung bei der Parteizentrale in Auftrag gegeben worden war – durchaus in der Absicht, in der Opposition mittels einer fortschrittlichen Ost- und Deutschlandpolitik das eigene Profil zu schärfen.<sup>84</sup> Doch das Ergebnis war ein – zunächst für viele allzu kühner – radikaler Bruch mit dem bislang so vehement vertretenen nationalstaatlichen Wiedervereinigungspostulat der Liberalen. Das Streben nach nationaler Einheit wurde nun eindeutig der im Nuklearzeitalter alles überragenden Pflicht zum Frieden untergeordnet und trat im Sinne der bereits 1962 skizzierten Verklammerungspolitik hinter das

79 Vgl. dazu Siekmeier: *Restauration oder Reform* (wie Anm. 64), S. 178–199; Geiger: *Atlantiker gegen Gaullisten* (wie Anm. 61), S. 266–269; Eibl: *Politik der Bewegung* (wie Anm. 63), S. 293–302.

80 Dazu Jan Philipp Wölbern: *Der Häftlingsfreikauf aus der DDR 1962/63–1989. Zwischen Menschenhandel und humanitären Aktionen*. Göttingen 2014.

81 Vgl. Hans Fenske: Erich Mende. In: Udo Kempf/Hans-Georg Merz (Hrsg.): *Kanzler und Minister 1949–1998*. Wiesbaden 2001, S. 474–477; Jansen: *Mende* (wie Anm. 16), S. 139.

82 Vgl. Mende: *Wende* (wie Anm. 30), S. 216; Siekmeier: *Restauration oder Reform* (wie Anm. 4), S. 263 f.; Engemann: *Innerdeutsche Beziehungen* (wie Anm. 43), S. 79 f.

83 Beim „Kolloquium zur Liberalismus-Forschung 2018“ referierte dazu Oliver Bange.

84 Vgl. dazu und zum Folgenden Daniel Koerfer: *FDP in der Identitätskrise. Die Jahre 1966–1969 im Spiegel der Zeitschrift „liberal“*. Stuttgart 1981, S. 57–60; Klaus Hildebrand: *Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969*. Stuttgart, Wiesbaden 1984, S. 343–345; Erhard: *Schollwer-Papiere* (wie Anm. 74), 246–250; Siekmeier: *Restauration oder Reform* (wie Anm. 64), S. 310–314.

Streben zurück, den nationalen Zusammenhalt der Deutschen in Bundesrepublik und DDR zu fördern und eine innere Liberalisierung der DDR voranzutreiben. Die Studie postulierte, es sei die „geschichtliche Aufgabe Deutschlands als mitteleuropäisches Land“, dass beide deutsche Staaten „ihre Funktionen als Speerspitzen des Westens und Ostens im Kalten Krieg zugunsten der selbstgewählten Aufgabenstellung aufgeben“; sie sollten vielmehr als „ein Modell für die Verständigung zwischen Ost und West und für die Zusammenarbeit zwischen Staaten mit verschiedenen Gesellschaftsordnungen“ firmieren. Die Deutschen müssten im eigenen Interesse Vorreiter der Entspannungspolitik werden, denn: „Eine neue europäische Friedensordnung setzt nicht unbedingt den Zusammenschluß getrennter Volksteile, jedoch die Beendigung des Kalten Krieges zwischen ihnen sowie die allmähliche Überwindung politischer Unterdrückungsmaßnahmen in ganz Europa voraus.“<sup>85</sup> Oberstes Ziel sollte fortan nicht mehr die angesichts des verfestigten Ost-West-Konflikts schlicht unrealistische nationalstaatliche Wiedervereinigung sein, sondern vielmehr die „Überwindung der europäischen und mit ihr der deutschen Spaltung sowie die Schaffung einer dauerhaften gesamteuropäischen Friedensordnung“.<sup>86</sup> Neben klassischen FDP-Postulaten, wie der Forderung nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den Ostblockstaaten, nach einem Verzicht auf jedwede Nuklearwaffenambition sowie nach einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, plädierte die Studie für die Anerkennung der DDR sowie der Oder-Neiße-Grenze – diesmal sogar dauerhaft und ohne Rekurs auf spätere friedensvertragliche Regelung.<sup>87</sup>

Vor allem die beiden letzten Punkte gingen vielen, insbesondere der Parteispitze um den Oberschlesier Mende, entschieden zu weit; für diese Traditionalisten blieb eine langfristige Anerkennung der Zweistaatlichkeit und des Verlusts der Oder-Neiße-Gebiete Anathema. Die parteiinternen Reformkräfte zwangen der FDP jedoch genau darüber eine öffentliche Diskussion auf, indem Kernpunkte der zweiten Schollwer-Studie am 3. März 1967 in der Zeitschrift „Stern“ veröffentlicht wurden.<sup>88</sup> Kurz darauf erschien ebenfalls im „Stern“ die Kampfschrift „Die Stunde der Wahrheit“ des Bundesschatzmeisters Rubin, der geschäftlich viel mit Ostfragen befasst war und nun engagiert Schollwer zur Seite sprang, indem auch er öffentlich für die Anerkennung der DDR und der bestehenden Ostgrenzen eintrat und dafür plädierte, die un-

85 „Material zur Klausurtagung des Vorstandes der Freien Demokratischen Partei. ‚Deutschland- und Außenpolitik‘ (zweite Schollwer-Studie), S. 7. In: ADL Bestand Wolfgang Schollwer, Sig. 10804/11; online unter <https://www.freiheit.org/sites/default/files/uploads/2017/03/03/1967schollwer-papier.pdf>.

86 Ebd., S. 12.

87 Ebd., S. 9.

88 Vgl. Manfred Bissinger: „Ein radikaler Plan macht in der FDP Furore: keine Angst vor Ulbricht!“ In: Stern Nr. 11 vom 12.3.1967, S. 18 ff., Teildruck in Archiv der Gegenwart 1967, S. 13061 f.

realistisch gewordene Wiedervereinigung hinter den Primat von Friedenswahrung und europäischem Ausgleich zurückzustellen.<sup>89</sup>

Der darauf voll entflammte, öffentlich teils über die Medien ausgefochtene parteiinterne Streit um den künftigen außen- und deutschlandpolitischen Kurs überlagerte den Bundesparteitag in Hannover im April 1967. Er klang erst aus, als sich im Januar 1968 mit der Ablösung des inzwischen als „Bremsen“ angesehenen Parteichefs Mende durch Walter Scheel, der den Reformkräften als Hoffnungsträger galt, mit der personellen auch die ost- und deutschlandpolitische Erneuerung der FDP abzeichnete.<sup>90</sup>

Ein sichtbarer Ausdruck dieser Neupositionierung war der in Form einer Großen Anfrage am 12. Februar 1969 in den Bundestag eingebrachte Entwurf eines Generalvertrags mit der FDP, der unverblümt die deutsche Zweistaatlichkeit anerkannte, einen Gewaltverzicht aussprach und dafür im Sinne der Verklammerungspolitik auf humanitäre Erleichterungen in der DDR und im deutsch-deutschen Verhältnis abzielte.<sup>91</sup>

Die Entwicklung hin zur sozial-liberalen Politik unter Brandt-Scheel ist offensichtlich. Doch sollte über den Erfolg von deren Politik ab 1969 nicht vergessen werden, dass der politische Richtungsschwenk innerhalb der FDP hochumstritten blieb: Bei der Bundestagswahl am 28. September 1969 übersprangen die Liberalen mit 5,8 Prozent nur haarscharf die Fünf-Prozent-Hürde, und bald schon verließen etliche Mandatsträger, darunter Größen wie Mende, der langjährige Fraktionsvorsitzende Knut Freiherr von Kühlmann-Stumm oder Ex-Finanzminister Heinz Starke, im Protest gegen den neuen Kurs Fraktion und Partei.

#### IV.

Zusammenfassend lässt sich festhalten:

In den Anfangsjahren der Bundesrepublik half die FDP an der Seite Adenauers mit, den freien Teil Deutschlands politisch, wirtschaftlich, militärisch

89 Vgl. Hans Wolfgang Rubin: „Stunde der Wahrheit“. In: Stern Nr. 12 vom 19. März 1967, S. 26 ff., 196-200, Teilabdruck in: Kleßmann: Zwei Staaten (wie Anm. 7), S. 534-537. Der Text erschien kurz danach in der von Rubin mit herausgegebenen Parteizeitschrift „liberal“, die als inoffizielles Sprachrohr der Reformkräfte galt: vgl. liberal 9 (1967), S. 161-164. Vgl. dazu auch Koerfer: FDP in Identitätskrise (wie Anm. 84), S. 55-57; Siekmeier: Restauration oder Reform (wie Anm. 64), S. 315-325.

90 Vgl. dazu Koerfer: FDP in Identitätskrise (wie Anm. 84), S. 63-69, 121-132; Siekmeier: : Restauration oder Reform (wie Anm. 64), S. 326-380.; Brauers: Liberale Deutschlandpolitik (wie Anm. 29), S. 152-157.

91 Vgl. Antrag der FDP-Fraktion, in: Deutscher Bundestag, Drucksache V/3866, online unter <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/05/038/0503866.pdf>.

und kulturell fest im Westen zu verankern und dadurch den Frieden im Kalten Krieg zu sichern. Weit früher als die Unionsparteien erkannten die Liberalen allerdings die Notwendigkeit, auch zum Ostblock Kontakte zu suchen. Für die FDP stand außer Frage, dass der Schlüssel zur deutschen Einheit in Moskau zu finden war. Die Deutschlandpolitik als ein für sie zentrales Politikfeld nie aus den Augen verlierend, rezipierten und gestalteten die Liberalen frühzeitig den „Gezeitenwechsel“,<sup>92</sup> dass Entspannung nicht mehr durch die Wiedervereinigung, sondern umgekehrt die Wiedervereinigung erst durch Entspannung zu bewerkstelligen sei. Allerdings verrannte sich die Partei – insbesondere in der Ära Dehler – in einen teils realitätsblinden Aktivismus mit deutschlandpolitischen Postulaten und Wunschträumen, die angesichts der fortdauernden bzw. sich weiter verschärfenden Blockkonfrontation schlicht illusionär waren bzw. – im Fall militärischer Neutralität – verhängnisvoll gewesen wären. Hellsichtig war jedoch der von der FDP früh akzeptierte und im Gegensatz zur Union, ja teils sogar zur SPD, beharrlich verfolgte Ansatz, auf jede Form deutscher Atombewaffnung zu verzichten – angesichts entsprechender östlicher (und westlicher) Ängste vor einem solchen Schritt ein sicherlich wichtiger Beitrag zur Friedenssicherung im Kalten Krieg. Zudem verarbeiteten die Liberalen produktiv die zunächst vornehmlich von östlicher Seite lancierte Idee für eine gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur, deren vertrauensbildendes und verbindendes Potential sie im Gegensatz zu ihrem damaligen Koalitionspartner erkannten und aufgriffen. Letztlich war dies der Nukleus für die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), die 1975 mit dem Gipfel von Helsinki den Höhepunkt der Détente-Ära markiert. Es ist insofern nicht erstaunlich, dass die KSZE zum Lieblingsprojekt gerade von FDP-Außenministern, von Walter Scheel und Hans-Dietrich Genscher, wurde.<sup>93</sup>

Genscher, der zeitlebens Thomas Dehler als ein prägendes politisches Vorbild benannte,<sup>94</sup> knüpfte 1990 mit seiner „Tutzinger Rede“ gedanklich gleichsam an entsprechende Überlegungen der FDP aus den späten 1950er Jahren an, etwa wenn er NATO und Warschauer Pakt als Bauelemente einer kooperativen Sicherheitsstruktur für ganz Europa bezeichnete, die die im

92 Peter Siebenmorgen: Gezeitenwechsel. Aufbruch zur Entspannungspolitik. Bonn 1990.

93 Vgl. dazu Matthias Peter: Die Bundesrepublik im KSZE-Prozess 1975–1983. Die Umkehrung der Diplomatie. Berlin/Boston 2015; Petri Hakkarainen: Realistische Entspannungspolitik, multilaterale Deutschlandpolitik. Der Weg zur KSZE-Schlußakte von Helsinki 1974–75. In: Kerstin Brauckhoff/Irmgard Schwaetzer (Hrsg.): Hans-Dietrich Genschers Außenpolitik. Wiesbaden 2015, S. 125–138.

94 Vgl. Genscher: Erinnerungen (wie Anm. 7), S. 73; ders.: Dehler als liberaler Politiker. In: Nach-Denken über Thomas Dehler (wie Anm. 23), S. 75, 78. Wie Hildegard Hamm-Brücher anmerkte, verdankt sich auch die Benennung der Bonner Bundesgeschäftsstelle der FDP nach Thomas Dehler einer einsamen Entscheidung des Parteichefs Genscher, vgl., ebd., S. 80.

Wandel begriffenen Militärbündnisse zunehmend überwölben und am Ende obsolet machen würde.<sup>95</sup> Dieser Gedanke findet sich schließlich bereits schon im „Berliner Programm“ von 1957.<sup>96</sup> Entsprechend misstrauisch reagierten manche in Bonn und Washington und ziehen Genscher insgeheim neutralistischer Tendenzen.

Aktuell geblieben ist vor allem die, dann von Genscher als Außenminister perfektionierte, Grundeinsicht liberaler Außenpolitik, dass ständige Kontakte und offene Gespräche auch mit politischen Gegnern bzw. Feinden gerade in Zeiten von Krisen und Spannungen zentrales Mittel einer Außenpolitik zur Bewahrung des Friedens sein müssen<sup>97</sup> – eine Erkenntnis, die in heutiger Zeit nichts von ihrer Richtigkeit verloren hat.

95 Zu Genschers Tutzingener Rede am 31.1.1990 vgl. Karl Kaiser (Hrsg.): Deutschlands Vereinigung. Die Internationalen Aspekte. Bergisch Gladbach 1991, S. 190 f. (Auszug). Vgl. dazu ferner Andreas Wirsching: Die „deutsche Frage“ als roter Faden in der Politik Hans-Dietrich Genschers. In: Brauckhoff/Schwaetzer (Hrsg.): Genschers Außenpolitik (wie Anm. 93), S. 245-261.

96 Berliner Programm (wie Anm. 39), These 8.

97 Vgl. Eckart Conze: Das Geheimnis des „Genscherismus“. Genese, Möglichkeiten und Grenzen eines außenpolitischen Konzepts. In: Brauckhoff/Schwaetzer (Hrsg.): Genschers Außenpolitik (wie Anm. 93), S. 67–83.